

NEIN und null Toleranz zu Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes!

Schockiert und fassungslos haben wir von dem Messerangriff auf zwei Lebensmittelkontrolleurinnen heute Vormittag in Gelsenkirchen erfahren.

Die beiden Kolleginnen wollten in einem Hinterhof einen Eiswagen prüfen. Dabei kam es nach mehreren übereinstimmenden Pressemitteilungen zu einem Streit. Der Inhaber zückte ein Messer und verletzte beide Frauen. Eine Kollegin ist nach Informationen schwer verletzt und befindet sich im Krankenhaus.

Unsere Gedanken sind bei unseren beiden Kolleginnen und deren Familien. Wir wünschen beiden eine vollständige Genesung und hoffen sehr, dass sie diese Tat mit kompetenter Hilfe verarbeiten können.

Wir danken den Polizisten, die schnell vor Ort waren und den mutmaßlichen Täter festnehmen sowie noch schlimmeres verhindern konnten. Die Hintergründe werden von einer eingerichteten Mordkommission aufgeklärt.

Dieser Angriff stellt keine Bagatelle dar. Wir erwarten, dass der Täter vollumfänglich zur Verantwortung gezogen und der mögliche Strafraum ausgeschöpft wird.

Viel zu oft erleben wir als Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Gewalt in unserem Arbeitsalltag. Die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber öffentlich Bediensteten nimmt - nicht nur gefühlt - leider immer stärker zu. Wichtig sind daher im Rahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes die Identifizierung der möglichen Gefahren und die Erstellung bzw. Anpassung von Gefährdungsbeurteilungen durch die Arbeitgeber. Alle darauf beruhenden Maßnahmen sind zu ergreifen, um auch die Außendienstmitarbeiter bestmöglich zu schützen.

Null Toleranz bei Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes!

Für alle Betroffenen ist es wichtig, jeden Angriff, auch verbale unbedingt anzuzeigen. Es gibt zwar Zahlen, aber die Dunkelziffer ist deutlich höher. Früher hörte man bei Beleidigungen oder Rempelen, dass solche Vorgänge nicht angezeigt werden, da das eben zum Job



gehöre und man das ertragen müsse. Mit einer Null-Toleranz-Erklärung würde ein wichtiger Paradigmenwechsel stattfinden. Die Kolleginnen und Kollegen werden für ihre Dienstverrichtung bezahlt. Dazu gehört aber nicht das Ertragen von Gewalt, egal welcher Art. Dieser Paradigmenwechsel muss endlich in der Praxis ankommen und gelebt werden.

Die Gewerkschaften fordern dies seit Jahren. Weitere Informationen u. a. unter <https://www.angegriffen.info>

Über den Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure Deutschlands (BVLK) e. V.

Der BVLK e. V. wurde 1978 als berufsständische Organisation gegründet. Unter dem Dach des BVLK werden die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen von ca. 2.500 deutschen Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure vertreten, die in den fünfzehn Mitgliedsverbänden organisiert sind. Dies entspricht einem Organisationsgrad von 90 % aller deutschen Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleure. Die Schwerpunkte liegen im Bereich der Weiter- und Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen, im Wissens- und Erfahrungsaustausch mit Wissenschaft, Wirtschaft und NGOs sowie in der Förderung und dem Ausbau der Zusammenarbeit mit den gesetzgebenden Organen, um eine praktische und einheitliche Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung (nicht nur in Deutschland) zu erreichen. Der BVLK e. V. ist Mitglied in der Europäischen Arbeitsgemeinschaft für Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz (EWFC) und in der Internationalen Föderation der Umweltgesundheit (IFEH).

Weiterführende Informationen

www.bvlk.de

verantwortlich im Sinne des Presserechts

Maik Maschke - Bundesvorsitzender
E-Mail: maik.maschke@bvlk.de
(*Presseausweis des DFJV: Nr. 2186409*)

Manuel Klein - stellvertretender Bundesvorsitzender
E-Mail: manuel.klein@bvlk.de

Geschäftsstelle Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure Deutschlands e. V.

Naundorfer Str. 1
01558 Großenhain
Postfach 10 00 56, 01552 Großenhain

Tel.: 03522 5287744
Fax: 03522 5287746
E-Mail: lebensmittelkontrolle@bvlk.de

Eingetragener Verein
AG Charlottenburg: VR 18707 B
Gerichtsstand: Berlin

Ust ID Nr. DE-812463986
Steuer-Nr. 209/141/05766
Vorstand: Maik Maschke, Bundesvorsitzender